

17. Mai 2018 - 05:05 Uhr

Düsseldorf

Fluglärm-Gegner sehen Interessenskonflikt beim Land

Von Alexander Schulte

Der Anwalt des Verkehrsministeriums habe auch schon den Flughafen vertreten. Brief appelliert an Abgeordnete.

Die Initiative „Bürger gegen Fluglärm“ kämpft weiter gegen die vom Flughafen Düsseldorf beim Landesverkehrsminister beantragte neue Betriebslaubnis mit bis zu 15 Prozent mehr Starts und Landungen. Ihr Vorsitzender Christoph Lange warnt jetzt in einem Brief an alle Mitglieder des Verkehrsausschusses im Landtag davor, dass der Flughafen in Lohausen die kleineren NRW-Airports (Münster, Dortmund, Weeze, Paderborn) immer mehr in Existenznot bringe: „Schon jetzt bestreitet Düsseldorf rund 60 Prozent des gesamten NRW-Passagieraufkommens, möchte aber seinen Anteil laut der Potenzial-Analyse auf über 75 % steigern“, schreibt Lange.



Das gehe klipp und klar aus den neuen Antragsunterlagen des Flughafens für die Betriebsgenehmigung hervor, „Dieser Konzentrationsprozess darf nicht durch eine erneute, auflagenlose Genehmigung für Düsseldorf noch weiter verstärkt werden“, heißt es in dem der WZ vorliegenden Schreiben an die Landtagsabgeordneten. Aus Sicht der Fluglärmgegner natürlich auch deshalb nicht, weil die Lärmbelastung der Anwohner in Lohausen, Ratingen, Meerbusch und darüber hinaus schon jetzt viel zu groß sei.

Zudem vermutet die Bürgerinitiative einen möglichen Interessenskonflikt beim Verkehrsministerium. Lange fragt das Ministerium, seit wann der Luftverkehrsbehörde bekannt sei, dass der gleiche Anwalt, der angeblich jetzt das Verkehrsministerium vertritt, zuvor als Anwalt des Flughafens Düsseldorf – etwa in Lärmschutzverfahren – aufgetreten sei.

Der Flughafen will – wie mehrfach berichtet – in den Spitzenstunden morgens sowie spätnachmittags und abends über Tage die technisch mögliche Kapazität des Start- und Landebahnsystems nutzen und künftig 60 anstatt der aktuell möglichen 47 Slots pro Stunde den Airlines zur Verfügung stellen.

Noch in diesem Jahr wird die Entscheidung von Verkehrsminister Hendrik Wüst (CDU) erwartet.



ANZEIGE

Vom Autofahrer zum Passagier im eigenen Fahrzeug